

Nr. 1

Beschluss auf der MIT-Bundesvorstandssitzung am 05. August 2013 in Berlin

Der MIT-Bundesvorstand hat beschlossen:

Nachstehenden Antrag bringt der MIT-Bundesvorstand auf der MIT-Bundesdelegiertenversammlung am 11./12. Oktober 2013 ein:

Keine Einführung der Frauenquote auf europäischer Ebene

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU lehnt die Einführung einer Frauenquote auf europäischer Ebene entschieden ab. Die CDU und die CSU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der PKM, die Europaabgeordneten von CDU und CSU sowie die verantwortlichen Stellen werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass eine solche Regelung auf Europäischer Ebene verhindert wird.

Begründung:

EU-Kommissarin Viviane Reding hatte bereits im November 2012 öffentlich die Einführung einer Frauenquote für Führungsorgane börsennotierter Gesellschaften gefordert. Das Europäische Parlament hat am 9. Juli 2013 seinen Bericht zum Kommissionsvorschlag vorgestellt. Die Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen demnach auch gestrichen werden.

Der Vorstoß der EU-Kommission verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip. Die Mitgliedsstaaten sind für derartige Regelungen eigenverantwortlich zuständig. Zudem weist der aktuelle Trend darauf hin, dass der Frauenanteil in Führungspositionen zunimmt. Während Anfang 2011 nur 13,4 % der DAX-30-Aufsichtsratsmitglieder weiblich waren, so sind es Anfang 2013 schon 20,41 %. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in kleinen und mittleren Unternehmen beträgt sogar 30 %.

Darüber hinaus begründet die Kommissarin den Vorschlag mit Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen. Das Recht auf einen Aufsichtsratsposten ist allerdings sicher kein Menschenrecht. Eine Frauenquote ist grundsätzlich keine Lösung, da sie in die Freiheit von Privatunternehmen eingreift.